



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement EJPD

**Bundesamt für Justiz BJ**

Direktionsbereich Privatrecht

Eidgenössisches Amt für das Zivilstandswesen EAZW

# Fachprozess EAZW

Nr. 33.7 vom 15. Oktober 2009 (Stand: 1. November 2025)

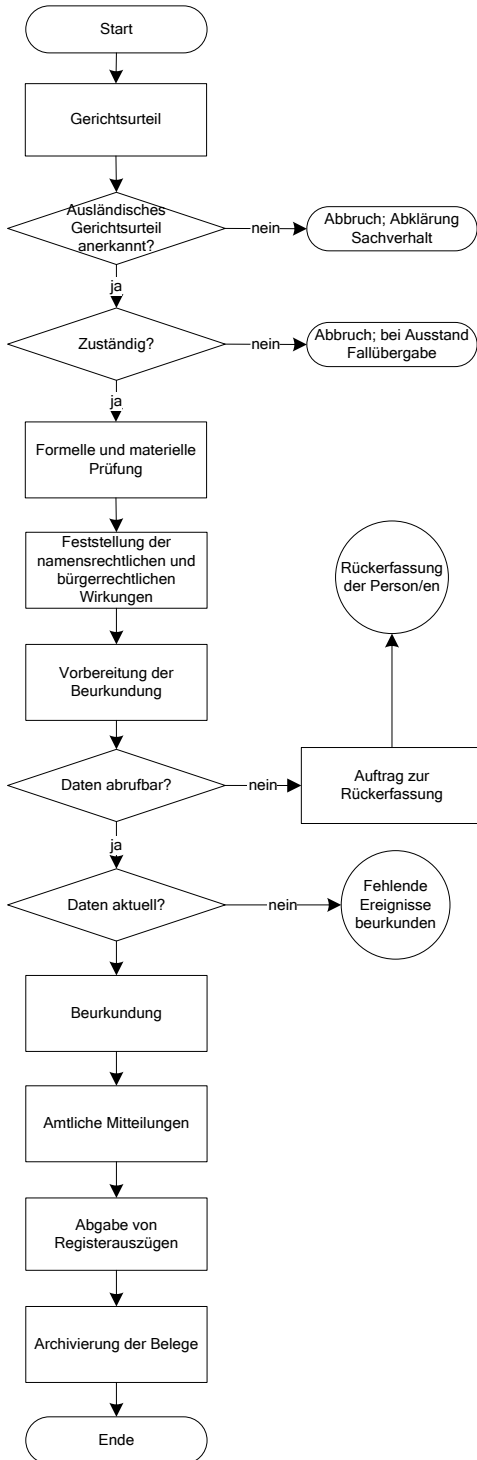
**Aufhebung eines Kindesverhältnisses durch Entscheid in  
der Schweiz oder im Ausland**

Geschäftsfall Kindesverhältnis

## Aufhebung Kindesverhältnis

<b>Systematische Übersicht</b>	<b>3</b>
<b>Einleitung</b>	<b>4</b>
<b>1 Beleg</b>	<b>4</b>
1.1 Allgemein	4
1.2 Urteil über die Aufhebung der Vaterschaftsvermutung	4
1.3 Urteil über die Aufhebung der Anerkennung	4
1.4 Urteil über die Ungültigerklärung einer Ehe wegen Umgehung des Ausländerrechts	4
1.5 Urteil über die Aufhebung der Mutterschaft	5
<b>2 Zuständigkeit</b>	<b>5</b>
2.1 Örtlich	5
2.1.1 Schweizerisches Gerichtsurteil	5
2.1.2 Ausländisches Gerichtsurteil	6
2.2 Sachlich	6
2.3 Persönlich	6
<b>3 Formelle Prüfung</b>	<b>6</b>
<b>4 Auswirkungen der Aufhebung des Kindesverhältnisses</b>	<b>6</b>
4.1 Auswirkungen auf die familienrechtliche Stellung des Kindes	6
4.2 Auswirkungen auf den Namen des Kindes	7
4.3 Auswirkungen auf das Bürgerrecht des Kindes	7
<b>5 Vorbereiten der Beurkundung</b>	<b>7</b>
5.1 Daten abrufbar	7
5.2 Daten nicht abrufbar	7
<b>6 Beurkundung</b>	<b>8</b>
<b>7 Amtliche Mitteilungen</b>	<b>8</b>
<b>8 Abgabe von Registerauszügen</b>	<b>10</b>
8.1 Familienausweis	10
8.2 Geburtsurkunde	10
8.3 Auszug aus dem Geburtsregister (CIEC)	10
8.4 Geburtsbestätigung	10
8.5 Nachweis über die Eltern	10
8.6 Mitteilung der Feststellung oder Aufhebung eines Kindesverhältnisses	10
<b>9 Ablage der Belege</b>	<b>10</b>

## Systematische Übersicht



- 1 Beleg**
  - 1.1 Allgemein
  - 1.2 Urteil über die Aufhebung der  
Vaterschaftsvermutung
  - 1.3 Urteil über die Aufhebung der Anerkennung
  - 1.4 Urteil über die Ungültigerklärung der Ehe  
wegen Umgehung des Ausländerrechts
  - 1.5 Urteil über die Aufhebung der Mutterschaft

- 2 Zuständigkeit**
  - 2.1 Örtlich
    - 2.1.1 Schweizerisches Gerichtsurteil
    - 2.1.2 Ausländisches Gerichtsurteil
  - 2.2 Sachlich
  - 2.3 Persönlich

### 3 Formelle Prüfung

- 4 Auswirkungen**
  - 4.1 Auf die familienrechtliche Stellung des  
Kindes
  - 4.2 Auf den Namen des Kindes
  - 4.3 Auf das Bürgerrecht des Kindes

### 5 Vorbereiten der Beurkundung

- 5.1 Daten abrufbar
- 5.2 Daten nicht abrufbar

### 6 Beurkundung

### 7 Amtliche Mitteilungen

### 8 Abgabe von Registerauszügen

- 8.1 Familienausweis
- 8.2 Geburtsurkunde
- 8.3 Auszug aus dem Geburtsregister (CIEC)
- 8.4 Geburtsbestätigung
- 8.5 Nachweis über die Eltern
- 8.6 Mitteilung über die Feststellung oder die  
Aufhebung eines Kindesverhältnisses

### 9 Ablage der Belege

## **Einleitung**

Der vorliegende Fachprozess dient dazu, den Ablauf zu erläutern, der einzuhalten ist,

- (1) wenn ein inländisches Gerichtsurteil vorliegt, welches das Zivilstandsamt anweist, die Aufhebung eines bestehenden Kindesverhältnisses zu beurkunden oder sich aus dem Urteil anderweitig ergibt, dass ein bestehendes Kindesverhältnis aufzuheben ist; oder
- (2) wenn die zuständige kantonale Aufsichtsbehörde das Zivilstandsamt anweist, die Aufhebung eines bestehenden Kindesverhältnisses zu beurkunden, nachdem sie einen ausländischen Entscheid in der Schweiz anerkannt hat.

## **1 Beleg**

### **1.1 Allgemein**

Erfolgte die Aufhebung des Kindesverhältnisses in der Schweiz, liegt eine Mitteilung oder ein vollstreckbares Urteil eines schweizerischen Gerichts vor (siehe Ziff. 2.2–2.4).

Liegt ein ausländischer Entscheid vor, erfolgt die Beurkundung gestützt auf die Eintragungsverfügung der zuständigen Aufsichtsbehörde (Art. 32 Abs. 1 IPRG).

Lassen sich die Angaben zum Wohnsitz der beteiligten Personen (Mutter, Kind, Vater) dem Entscheid entnehmen, so sind keine weiteren Dokumente beizubringen. Ansonsten müssen die Betroffenen den aktuellen Wohnsitz nachweisen. Die Angaben zum Wohnsitz sind notwendig, um einen korrekten Versand der Mitteilung sowie mögliche namensrechtliche Wirkungen nach ausländischem Recht sicherzustellen. Fehlen beim minderjährigen Kind die Angaben zum Wohnsitz, ist der Wohnsitz der Eltern zu erfassen. Haben die Eltern keinen gemeinsamen Wohnsitz, ist der Wohnsitz des Elternteils massgebend, unter dessen Obhut das Kind steht (Art. 25 Abs. 1 ZGB).

### **1.2 Urteil über die Aufhebung der Vaterschaftsvermutung**

Es ist nachzuprüfen, ob das betroffene Kind tatsächlich geboren wurde

- (1) während der Ehe der Mutter (Art. 255 Abs. 1 ZGB), oder
- (2) innert 300 Tagen seit dem Tod ihres Ehemannes (Art. 255 Abs. 2 ZGB), oder
- (3) vor dem Ablauf von 300 Tagen seit der Wirksamkeit der Verschollenerklärung des Ehemannes (Art. 255 Abs. 3 ZGB).

### **1.3 Urteil über die Aufhebung der Anerkennung**

Es ist zu kontrollieren, ob das Kindesverhältnis tatsächlich durch Anerkennung entstanden ist. Ob sich die Mutter nachträglich mit dem Anerkennenden verheiratet hat und ob diese Ehe noch besteht, ist unerheblich. Auch der Zeitpunkt der Anerkennung ist für die namens- und bürgerrechtlichen Wirkungen des Urteils nicht von Bedeutung.

### **1.4 Urteil über die Ungültigerklärung einer Ehe wegen Umgehung des Ausländerrechts**

Ist die Ehe gemäss Urteilsbegründung (Art. 105 Ziff. 4 ZGB) für ungültig erklärt worden, weil einer der Ehegatten nicht eine Lebensgemeinschaft begründen, sondern die Bestimmungen über Zulassung und Aufenthalt von Ausländerinnen und Ausländern umgehen wollte, ist festzustellen, ob die Ehefrau während der Ehe ein Kind geboren hat. Trifft dies zu, entfällt die

Vaterschaftsvermutung des Ehemannes von Gesetzes wegen (Art. 109 Abs. 3 ZGB). Das Gerichtsurteil über die Ungültigerklärung der Ehe dient dabei als Beleg für die Aufhebung des Kindesverhältnisses.

Bestehen über den Grund für die Ungültigerklärung der Ehe Zweifel, weil dieser aus der amtlichen Mitteilung des Gerichts nicht mit genügender Klarheit hervorgeht, ist unter Hinweis auf die zu beurkundenden Wirkungen nach Artikel 109 Absatz 3 ZGB eine entsprechende schriftliche Bestätigung des Gerichtes einzuholen.

Die Aufhebung des Kindesverhältnisses zum früheren Ehemann der Mutter ist ohne weiteres zu beurkunden. Gemäss Weisung Nr. 10.07.12.01 vom 5. Dezember 2007, Ziff. 3.2, ist dem Gericht von diesem Vorgang Mitteilung zu machen, wenn ein Hinweis auf das während der Ehe geborene Kind im Gerichtsurteil fehlt.

Auf das vorehelich geborene und vor oder nach der Eheschliessung anerkannte Kind ist diese Bestimmung nicht anwendbar; die Ungültigerklärung der Ehe wegen Umgehung des Ausländerrechts hat keinen Einfluss auf die Anerkennung. Vorbehalten bleibt die Anfechtung der Anerkennung (Art. 260a Abs. 1 ZGB), wenn der Anerkennende nicht der Vater des Kindes ist (Art. 260b ZGB).

Sollte sich herausstellen, dass es sich beim früheren Ehemann der Mutter tatsächlich um den biologischen Vater des während der Ehe geborenen Kindes handelt, kann dieser das Kind anerkennen, nachdem das Kindesverhältnis gestützt auf Artikel 109 Absatz 3 ZGB aufgehoben worden ist.

### **1.5 Urteil über die Aufhebung der Mutterschaft**

Nicht ausgeschlossen ist es zudem, dass ein Gericht gestützt auf eine allgemeine Feststellungs- oder einer Berichtigungsklage eine Mutterschaft aufhebt. Dies sowohl, wenn das Kind eine Mutter und einen Vater hat, aber auch bei zwei Müttern. Wird die Mutterschaft aufgehoben, bedeutet dies automatisch auch die Aufhebung eines gestützt auf die Ehelichkeitsvermutung begründeten Kindesverhältnisses zu einem allfälligen Ehemann oder einer Ehefrau der Mutter.

## **2 Zuständigkeit**

### **2.1 Örtlich**

Die Zuständigkeit für die Beurkundung richtet sich nach Artikel 22 und 23 ZStV sowie nach kantonalem Organisationsrecht (Art. 2 Abs. 2 Bst. b oder Abs. 3 ZStV).

Erfolgte die Geburt des Kindes vor der Einführung von Infostar, ist das Zivilstandsamt am Geburtsort zuständig für die Beurkundung der Aufhebung des Kindesverhältnisses in den Randanmerkungen des in Papierform geführten Geburtsregisters.

#### **2.1.1 Schweizerisches Gerichtsurteil**

Die Eröffnung des Urteils erfolgt mittels Mitteilung zuhanden der kantonalen Aufsichtsbehörde (Art. 43 Abs. 1 und 2 ZStV) oder der nach kantonalem Recht bezeichneten Behörde (Art. 43 Abs. 3 ZStV) am Sitz des Gerichts.

Die kantonale Aufsichtsbehörde leitet die erhaltene Mitteilung an das für die Beurkundung zuständige Zivilstandsamt weiter. Existiert keine kantonale Regelung, fällt die Beurkundung des Gerichtsurteiles in die Zuständigkeit des Zivilstandsamtes, in dem es erlassen wird. (Art. 22 Abs. 1 ZStV).

### **2.1.2 Ausländisches Gerichtsurteil**

Über die im Ausland erfolgte gerichtliche Aufhebung des Kindesverhältnisses entscheidet die kantonale Aufsichtsbehörde im Heimatkanton des Schweizer Registervaters. Ist dieser Ausländer, ist die Aufsichtsbehörde im Heimatkanton der Mutter des Kindes zu zuständig. Besitzt die betroffene Person Gemeindebürgerrechte in mehreren Kantonen, ist derjenige Kanton für die Beurkundung zuständig, dem die ausländische Urkunde zu diesem Zweck zugestellt wird.

Für die Beurkundung erlässt die Aufsichtsbehörde zuhanden des zuständigen Zivilstands- oder Sonderzivilstandsamts eine Eintragungsverfügung (Art. 32 IPRG; Art. 23 ZStV).

### **2.2 Sachlich**

Sachlich sind die Zivilstands- und Sonderzivilstandsämter zuständig für die Beurkundung von Entscheiden betreffend die Aufhebung eines Kindesverhältnisses (Art. 39 Abs. 2 Ziff. 2 ZGB) sowie für den Versand der entsprechenden Mitteilungen.

### **2.3 Persönlich**

Bei der Beurkundung der Aufhebung eines Kindesverhältnisses haben Mitarbeitende des Zivilstandsamtes und der Aufsichtsbehörden die geltenden Ausstandspflichten zu beachten (vgl. Art. 89 Abs. 3 ZStV).

## **3 Formelle Prüfung**

Im Regelfall erhalten die Zivilstandsbehörden eine Mitteilung betreffend die Aufhebung eines Kindesverhältnisses. Daraus muss hervorgehen: die vollständigen Personenstandsdaten, das Dispositiv und das Rechtskraftsdatum (Art. 43 Abs. 5 ZStV).

Die Mitteilung muss im Original unterzeichnet (in Papierform oder als elektronische Urkunde mit entsprechender Signatur) oder als mit dem Original übereinstimmende beglaubigte Fotokopie vorgelegt werden (Art. 43 Abs. 6 ZStV). Nicht ordnungsgemäss erfolgte Mitteilungen sind zurückzuweisen, weil sie den rechtlichen Anforderungen eines Belegs für die Beurkundung nicht genügen.

Liegt ein ausländischer Entscheid vor, liegt dem beurkundenden Zivilstandsamt die entsprechende Eintragungsverfügung der gemäss Ziff. 3.1.2 zuständigen Aufsichtsbehörde vor.

## **4 Auswirkungen der Aufhebung des Kindesverhältnisses**

### **4.1 Auswirkungen auf die familienrechtliche Stellung des Kindes**

Die Aufhebung des Kindesverhältnisses hat zur Folge, dass die Verwandtschaft aufgehoben wird. Im Regelfall betrifft dies den Vater; das Kind gilt in der Folge rechtlich als vaterlos.

Vorbehalten bleibt Artikel 257 Absatz 2 ZGB, wonach ein allfälliger früherer Ehemann zu berücksichtigen ist.

Ausserdem ist zu prüfen, ob eine vor der Aufhebung des Kindesverhältnisses allenfalls im Ausland beurkundete Anerkennung eines anderen Mannes nun Wirkungen entfaltet und deshalb nachzubeurkunden ist.

#### **4.2 Auswirkungen auf den Namen des Kindes**

Die Aufhebung des Kindesverhältnisses führt dazu, dass die Verknüpfung über die Abstammung und die Angaben über die Namensführung und das Bürgerrecht (wieder) in den Zustand vor der Entstehung des Kindesverhältnisses zu bringen sind, sofern sie durch das aufgehobene Kindesverhältnis verändert worden sind.

Die Aufhebung macht alle beurkundeten Wirkungen der Entstehung des Kindesverhältnisses rückgängig. Das Kind trägt somit den Namen, den es vor der Entstehung des aufgehobenen Kindesverhältnisses hatte. Trug es den Namen seit Geburt, muss für die neue Bestimmung des Namens und der Heimatorte das Recht zum damaligen Zeitpunkt angewendet werden.

Wenn die neue Namensführung nicht dem Willen des Kindes entspricht, kann es bei der zuständigen Behörde ein Gesuch um Namensänderung (Art. 30 ZGB) einreichen. Damit kann es die Prüfung achtenswerter Gründe für die Weiterführung des bisherigen Namens beantragen.

#### **4.3 Auswirkungen auf das Bürgerrecht des Kindes**

Erlangte das Kind durch die Entstehung des aufzuhebenden Kindesverhältnisses das Schweizer Bürgerrecht, so verliert es dieses wieder, sofern es damit nicht staatenlos wird (Art. 5 BüG). Die Betroffenen sind auf diese Rechtsfolge aufmerksam zu machen und mit Fristansetzung einzuladen, eine allfällige Staatenlosigkeit nachzuweisen. Bei fehlender Mitwirkung der betroffenen Person oder ihres gesetzlichen Vertreters stellt das Zivilstandsamt das Vorliegen einer anderen Staatsangehörigkeit auf der Grundlage der verfügbaren Daten und des ihm bekannten ausländischen Rechts fest (Art. 16 Abs. 1 und Art. 22 IPRG). Ist der Erwerb einer anderen Staatsangehörigkeit oder die Staatenlosigkeit unklar, ist das für die Feststellung des Bestehens der Schweizer Bürgerrechts zuständige Amt im Kanton des Heimatorts zu orientieren. Dieses ist von Amtes wegen gehalten, ein entsprechendes Feststellungsverfahren durchzuführen (Art. 43 BüG).

### **5 Vorbereiten der Beurkundung**

#### **5.1 Daten abrufbar**

Sind die Daten der beteiligten Personen (Mutter, Kind, Vater) im System abrufbar, ist zu prüfen, ob die Daten richtig, vollständig und auf dem neuesten Stand sind (Art. 16 Abs. 1 Bst. c ZStV). Die Einholung einer Richtigkeitsbestätigung ist nicht erforderlich (Formular 8.1), soweit die abrufbaren Daten mit den Personenstandsdaten im zu verarbeitenden Entscheid übereinstimmen.

Sind die abrufbaren Daten nicht richtig, nicht vollständig oder nicht auf dem neuesten Stand, muss das Verfahren unterbrochen werden bis alle vor dem Tag, an dem der Entscheid vollstreckbar geworden ist, eingetretenen und noch nicht beurkundeten Ereignisse nachgewiesen und soweit erforderlich nachbeurkundet sind.

#### **5.2 Daten nicht abrufbar**

Ist eine ausländische Person mitbetroffen, die nicht im Zivilstandsregister erfasst ist, muss vorgängig die Beurkundung des Personenstandes (siehe Fachprozess Nr. 30.3 «Aufnahme ausländische Staatsangehörige») eingeleitet werden (Art. 15a Abs. 2 ZStV).

Besitzt keine der betroffenen Personen das Schweizer Bürgerrecht und ist niemand in Infostar erfasst, so *darf* von der Beurkundung des Gerichtsurteils im Personenstandsregister abgesehen werden.

Zwingend ist hingegen die Eintragung der Randanmerkung in dem in Papierform geführten Geburtsregister, sofern die Geburt ursprünglich in Papierform im Geburtsregister beurkundet worden ist.

In jedem Fall muss die Mitteilungspflicht erfüllt werden (Weiterleitung des Dokuments an die Gemeindeverwaltung des Wohnsitzes oder Aufenthaltsortes gemäss Art. 49 ZStV).

## **6 Beurkundung**

Sobald die Daten der betroffenen Personen im System zur Verfügung stehen, ist die Aufhebung des Kindesverhältnisses zu beurkunden. Es kann sich dabei handeln um

- eine Aufhebung der Vaterschaftsvermutung durch Urteil (Art. 256 Abs. 1 ZGB);
- eine Aufhebung der Anerkennung (Art. 260a ZGB);
- eine Aufhebung der Vaterschaftsvermutung von Gesetzes wegen (Art. 109 Abs. 3 ZGB) als Folge der Ungültigerklärung der Ehe wegen Umgehung des Ausländerrechts;
- eine Aufhebung der Mutterschaft
- eine Aufhebung des Kindesverhältnisses zum Vater oder zur Mutter nach ausländischem Recht.

Diese Beurkundungen werden im elektronischen Personenstandsregister Infostar und gegebenenfalls in den in Papierform geführten Zivilstandsregistern (gem. Art. 98 Abs. 1 Bst. e u. Abs. 4 Bst. a ZStV) vorgenommen. Die Beurkundung findet im Geschäftsfall Kindesverhältnis statt, wenn der Elternteil als Person erfasst ist.

Wird er lediglich in der Abstammung des Kindes geführt, kann die Aufhebung im Geschäftsfall «Fortschreibung starten» in der Maske «Abstammung» mit dem Erfassungsgrund «Ereignis nur im GF Fortschreibung möglich» nachgeführt werden. Eine Anmerkung wird in der Maske «Zusatzangaben» eingetragen.

Gleichzeitig sind die rechtlichen Wirkungen auf die Namensführung und das Bürgerrecht des Kindes zu beurkunden. Als Ereignisdatum im Geschäftsfall Kindesverhältnis gilt in jedem der vorgenannten Fälle das Datum der Vollstreckbarkeit des Gerichtsurteils.

## **7 Amtliche Mitteilungen**

Die Datenlieferung

- an die Gemeindeverwaltung des Wohnsitzes des Kindes, der Mutter und des Regis-tervaters des Kindes (Art. 49 Abs. 1 Bst. b ZStV);
- an die AHV-Behörde (Art. 53 Abs. 1 ZStV);

erfolgt automatisch und in elektronischer Form (Art. 49 Abs. 3 und Art. 53 Abs. 2 ZStV).

Wird lediglich im Geschäftsfall «Fortschreibung starten» die Abstammung entfernt, ist eine Bereinigungsmeldung auszulösen.

Bei einem inländischen Entscheid sind keine weiteren Mitteilungen zu erstellen, da die KESB sowie die Mutter und das Kind direkt durch das Gericht informiert werden. Bei einem

ausländischen Entscheid und einem Wohnsitz des Kindes in der Schweiz muss dagegen eine Mitteilung an die KESB versandt werden.

Gegebenenfalls erfolgen weitere Mitteilungen:

- an das Zivilstandsamt der Heimatgemeinde der betroffenen Person (Art. 49a Abs. 2 ZStV);
- an das Staatssekretariat für Migration (SEM), wenn die beurkundete Änderung des Kindesverhältnisses eine asylsuchende, vorläufig aufgenommene oder als Flüchtling anerkannte Person betrifft (Art. 51 Abs. 1 Bst. b ZStV);
- an die ausländische Heimatbehörde des Kindes, zu welchem das Kindesverhältnis aufgehoben wird, wenn eine internationale Vereinbarung dies vorsieht (Art. 54 Abs. 1 ZStV). Zurzeit bestehen bezüglich Austausch von Zivilstandsdokumenten folgende bilaterale Abkommen:
  - Vereinbarung zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Republik Österreich (SR 0.211.112.416.3; insb. Art. 2. Abs. 2 u. Art. 8);
  - Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Bundesrepublik Deutschland (SR 0.211.112.413.6; insb. Art. 2 Abs. 2 u. Art. 7);
  - Vereinbarung zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Italienischen Republik (SR 0.211.112.445.4; insb. Art. 4).

Diese Abkommen sehen vor, dass die Randanmerkung im Geburtsregister über die Feststellung der Vaterschaft direkt (Abkommen I) oder monatlich via den Fachbereich Infostar (FIS) (Abkommen D und A) an das zuständige Konsulat des anderen Unterzeichnerstaates übermittelt wird. Die Übermittlung erfolgt mittels des im Geschäftsfall vorgeschlagenen Auszugs aus der Geburtsurkunde CIEC 34 (Form. 1) – auf Sicherheitspapier, mit Stempel und Unterschrift der Zivilstandsbeamtin oder des Zivilstandsbeamten. Vorbehalten bleibt das Übereinkommen Nr. 16 CIEC.

- an das Zivilstandsamt des Geburtsortes, wenn die Geburt des Kindes in der Schweiz in einem in Papierform geführten Geburtsregister eines anderen Zivilstandskreises beurkundet worden ist. Diese Mitteilung wird von Infostar automatisch vorgeschlagen. Das Zivilstandsamt des Geburtsortes hat die gerichtlich entschiedenen Änderungen bezüglich des Kindesverhältnisses mit Hinweis auf die bürgerrechtlichen und namensrechtlichen Wirkungen als Randanmerkung im Geburtsregister einzutragen (Art. 98 Abs. 4 ZStV).

Achtung: Erfolgt die Beurkundung durch das Zivilstandsamt (nicht Sonderzivilstandsamt), hat die Geburt im eigenen Zivilstandskreis stattgefunden und wurde sie in einem in Papierform geführten Geburtsregister beurkundet, so schlägt Infostar keine Mitteilung vor. Es ist in diesem Fall sicherzustellen, dass die Randanmerkung auch ohne entsprechende Mitteilung innerhalb des Amtes im Geburtsregister vorgenommen wird.

Hat die Geburt in einer Gemeinde stattgefunden, welche vor Einführung von Infostar fusioniert hat, wird keine Mitteilung vorgeschlagen. Die Mitteilung ist an den Zivilstandskreis der neuen Gemeindebezeichnung vorzunehmen.

Zusätzliche Mitteilungen bedürfen einer Rechtsgrundlage des Bundes oder der Kantone (Art. 56 Abs. 1 ZStV). Zu nennen ist insbesondere die Meldepflicht an die zuständige Ausweisbehörde zwecks Einzugs allfälliger Ausweispapiere gemäss Art. 13 Abs. 1 Bst. d Ausweisgesetz (AwG, SR 143.1).

## **8 Abgabe von Registerauszügen**

### **8.1 Familienausweis**

Ein Familienausweis (Formular 7.4) kann auf Bestellung ausgestellt werden. Im neu ausgefertigten Familienausweis erscheint das betroffene Kind nicht mehr.

### **8.2 Geburtsurkunde**

Das Zivilstandsamt des schweizerischen Geburtsortes gibt auf Bestellung hin eine Geburtsurkunde (Formular 1.2.3) ab.

### **8.3 Auszug aus dem Geburtsregister (CIEC)**

Das Zivilstandsamt des schweizerischen Geburtsortes gibt auf Bestellung hin einen Auszug aus dem Geburtsregister CIEC (Form. 1) ab. Mit diesem internationalen Dokument werden die im Zeitpunkt der Erstellung der Urkunde aktuellen Angaben über das Kind bescheinigt. Die Angaben betreffend die Abstammung beziehen sich auf den Zeitpunkt der Entstehung des Kindesverhältnisses. Es ist insbesondere für ausländische Behörden bestimmt.

### **8.4 Geburtsbestätigung**

Mit der beim Zivilstandsamt des schweizerischen Geburtsortes erhältlichen Geburtsbestätigung (Form. 1.2.2) werden weiterhin unverändert alle Angaben über das Kind zum Zeitpunkt der Geburt bestätigt.

### **8.5 Nachweis über die Eltern**

Dieses Dokument (Form. 7.5) weist die Elternschaft nach und führt alle Personen mit den aktuellen Personendaten auf.

### **8.6 Mitteilung der Feststellung oder Aufhebung eines Kindesverhältnisses**

Auf Verlangen der schweizerischen Vertretung im Ausland wird ihr mitgeteilt, dass die im Ausland erfolgte Aufhebung des Kindesverhältnisses für den schweizerischen Rechtsbereich anerkannt wird (Form. 6.1.1). Gleichzeitig werden auch die namensrechtlichen und bürgerrechtlichen Wirkungen bescheinigt, damit das Immatrikulationsregister nachgeführt und Ausweispapiere eingezogen und erneut korrekt ausgestellt werden können. Diese Mitteilung kann auch im Zusammenhang mit der Verfügung über die Beurkundung der im Ausland erfolgten Aufhebung des Kindesverhältnisses (Art. 32 IPRG) von der Aufsichtsbehörde abgegeben werden.

## **9 Ablage der Belege**

Die Belege sind gemäss Art. 31 ff. ZStV in Papierform oder in Form eines elektronischen Belegs abzulegen.

Vorliegend betrifft das insbesondere folgende Dokumente:

- Gerichtlicher Entscheid;
- Eintragungsverfügung der Aufsichtsbehörde bei ausländischer Entscheid;
- Allfällige Korrespondenzen mit Beweischarakter;
- Allfälliger Nachweis über die ausländische Staatsangehörigkeit.



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

Département fédéral de justice et police DFJP

**Office fédéral de la justice OFJ**  
Domaine de direction Droit privé  
Office fédéral de l'état civil OFEC

# Processus OFEC

n° 33.7 du 15 octobre 2009 (Etat : 1<sup>er</sup> novembre 2025)

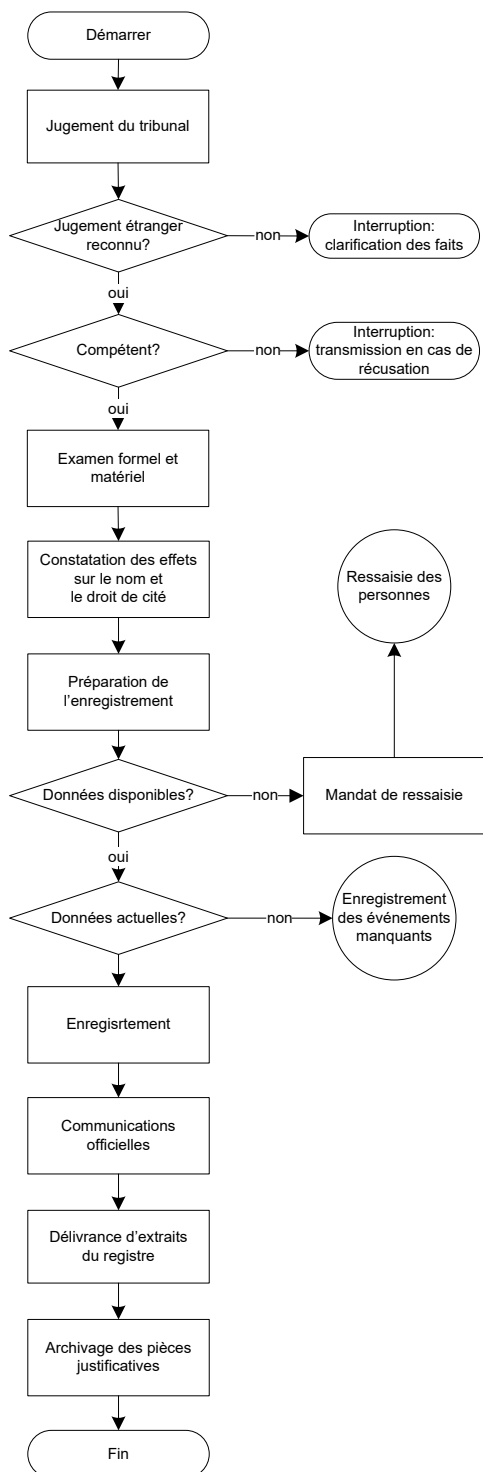
**Annulation d'un lien de filiation par jugement  
en Suisse ou à l'étranger**

Transaction Filiation

## **Annulation d'un lien de filiation**

<b>Aperçu systématique</b>	<b>3</b>
<b>Introduction</b>	<b>4</b>
<b>1 Pièces justificatives</b>	<b>4</b>
1.1 Généralités	4
1.2 Jugement d'annulation de la présomption de paternité	4
1.3 Jugement d'annulation de la reconnaissance	4
1.4 Jugement d'annulation d'un mariage contracté pour éluder les dispositions sur l'admission et le séjour des étrangers	5
1.5 Jugement d'annulation de la maternité	5
<b>2 Compétence</b>	<b>5</b>
2.1 Quant au lieu	5
2.1.1 Jugement du tribunal suisse	6
2.1.2 Jugement du tribunal étranger	6
2.2 Quant à la matière	6
2.3 Quant à la personne	6
<b>3 Examen formel</b>	<b>6</b>
<b>4 Effets de l'annulation de la filiation</b>	<b>7</b>
4.1 Effets sur le statut de l'enfant en droit de la famille	7
4.2 Effets sur le nom de l'enfant	7
4.3 Effets sur le droit de cité de l'enfant	7
<b>5 Préparation de l'enregistrement</b>	<b>7</b>
5.1 Données disponibles	7
5.2 Données non disponibles	8
<b>6 Enregistrement</b>	<b>8</b>
<b>7 Communications officielles</b>	<b>9</b>
<b>8 Délivrance d'extraits du registre</b>	<b>10</b>
8.1 Certificat de famille	10
8.2 Acte de naissance	10
8.3 Extrait du registre des naissances (CIEC)	10
8.4 Confirmation de naissance	10
8.5 Preuve des parents	10
8.6 Communication de l'annulation d'un lien de filiation	11
<b>9 Conservation des pièces justificatives</b>	<b>11</b>

## Aperçu systématique



### 1 Pièces justificatives

- 1.1 Généralités
- 1.2 Jugement d'annulation de la présomption de paternité
- 1.3 Jugement d'annulation de la reconnaissance
- 1.4 Jugement d'annulation d'un mariage contracté pour éluder les dispositions sur l'admission et le séjour des étrangers
- 1.5 Jugement d'annulation de la maternité

### 2 Compétence

- 2.1 Quant au lieu
  - 2.1.1 Jugement du tribunal suisse
  - 2.1.2 Jugement du tribunal étranger
- 2.2 Quant à la matière
- 2.3 Quant à la personne

### 3 Examen formel

### 4 Effets de l'annulation du lien de filiation

- 4.1 Sur le statut de l'enfant en droit de la famille
- 4.2 Sur le nom de l'enfant
- 4.3 Sur le droit de cité de l'enfant

### 5 Préparation de l'enregistrement

- 5.1 Données disponibles
- 5.2 Données non disponibles

### 6 Enregistrement

### 7 Communications officielles

### 8 Délivrance d'extraits du registre

- 8.1 Certificat de famille
- 8.2 Acte de naissance
- 8.3 Extrait du registre des naissances (CIEC)
- 8.4 Confirmation de naissance
- 8.5 Preuve des parents
- 8.6 Communication de l'annulation du lien de filiation

### 9 Conservation des pièces justificatives

## **Introduction**

Le présent processus explique la procédure à respecter :

- (1) lorsqu'un jugement suisse enjoint à l'office de l'état civil d'enregistrer l'annulation d'un lien de filiation existant ou qu'il ressort incontestablement du dispositif du jugement qu'un lien de filiation existant doit être annulé ; ou
- (2) lorsque l'autorité cantonale de surveillance enjoint à l'office de l'état civil d'enregistrer l'annulation d'un lien de filiation existant après qu'elle a reconnu un jugement étranger.

## **1 Pièces justificatives**

### **1.1 Généralités**

Une communication ou un jugement entré en force d'un tribunal suisse confirme l'annulation du lien de filiation en Suisse (voir les ch. 2.2 à 2.4).

En présence d'un jugement d'un tribunal étranger, l'enregistrement fait suite à une décision de l'autorité de surveillance compétente (art. 32, al. 1, LDIP).

Aucun autre document n'est nécessaire si l'indication du domicile des personnes concernées (mère, enfant, père) figure dans le jugement, et si celui-ci n'est pas manifestement faux. Elles doivent en revanche confirmer leur domicile actuel si tel n'est pas le cas. L'indication du domicile est nécessaire pour garantir l'envoi en bonne et due forme de la communication et le déploiement des éventuels effets sur le nom et le droit de cité. En l'absence d'indication du domicile de l'enfant mineur, c'est celui des parents qui doit être saisi. En l'absence de domicile commun des parents, le domicile de l'enfant est déterminé par le domicile de celui de ses parents qui détient la garde (art. 25, al. 1, CC).

### **1.2 Jugement d'annulation de la présomption de paternité**

Il y a lieu de vérifier si l'enfant est réellement né :

- (1) pendant le mariage de la mère (art. 255, al. 1, CC),
- (2) dans les 300 jours qui suivent le décès de l'époux (art. 255, al. 2, CC) ou
- (3) avant que 300 jours à compter du moment où la déclaration d'absence de l'époux a produit ses effets soient écoulés (art. 255, al. 3, CC).

### **1.3 Jugement d'annulation de la reconnaissance**

Il y a lieu de contrôler si la filiation a réellement été établie par reconnaissance. Le fait que la mère se soit mariée ultérieurement avec l'auteur de la reconnaissance et que ce mariage perdure ne joue aucun rôle. De même, les effets du jugement sur le nom et le droit de cité au moment de la reconnaissance sont sans importance.

#### **1.4 Jugement d'annulation d'un mariage contracté pour éluder les dispositions sur l'admission et le séjour des étrangers**

Si le mariage a été annulé pour la raison que l'un des époux ne voulait pas fonder une communauté conjugale mais éluder les dispositions sur l'admission et le séjour des étrangers (art. 105, ch. 4, CC), il y a lieu de constater si la femme a donné naissance à un enfant pendant le mariage. Si tel est le cas, la présomption de paternité du mari cesse d'office (art. 109, al. 3, CC). Le jugement d'annulation du mariage sert de pièce justificative à l'annulation du lien de filiation.

S'il existe des doutes sur le motif d'annulation du mariage, du fait qu'il ne ressort pas clairement de la communication officielle du tribunal, il s'impose d'en demander une confirmation écrite au tribunal en invoquant les effets à enregistrer conformément à l'art. 109, al. 3, CC.

L'annulation du lien de filiation d'un enfant avec l'époux précédent de la mère doit être enregistrée. Selon la directive n° 10.07.12.01 du 5 décembre 2007, ch. 3.2, cette opération doit être communiquée au tribunal si aucune indication sur l'enfant né pendant le mariage ne ressort du jugement du tribunal.

L'art. 109, al. 3, CC n'est pas applicable à l'enfant né avant le mariage ni à l'enfant reconnu avant ou après le mariage ; l'annulation du mariage qui a été célébré dans le but d'éluder les dispositions sur l'admission et le séjour des étrangers n'a pas d'influence sur la reconnaissance. La contestation de la reconnaissance est réservée (art. 260a, al. 1, CC) si l'auteur de la reconnaissance n'est pas le père de l'enfant (art. 260b CC).

S'il est constaté que l'ex-époux de la mère était réellement le père biologique de l'enfant né pendant le mariage, celui-ci peut reconnaître l'enfant après que le lien de filiation a été annulé en application de l'art. 109, al. 3, CC.

#### **1.5 Jugement d'annulation de la maternité**

Il n'est pas exclu qu'un tribunal annule la maternité suite à une action générale en constatation ou à une action en rectification, que l'enfant ait une mère et un père ou deux mères. Si la maternité est annulée, cela entraîne automatiquement l'annulation du lien de filiation découlant d'une présomption de parentalité fondée sur le mariage.

## **2 Compétence**

### **2.1 Quant au lieu**

La compétence pour l'enregistrement est régie par les art. 22 et 23 OEC et par le droit cantonal en matière d'organisation (art. 2, al. 2, let. b, ou al. 3, OEC).

Si l'enfant est né avant la mise en service d'Infostar, l'office de l'état civil du lieu de naissance est compétent pour enregistrer l'annulation du lien de filiation dans les mentions marginales le registre des naissances tenu sur papier ou ses mentions marginales.

### **2.1.1 Jugement du tribunal suisse**

Le jugement respectivement la communication est notifiée à l'autorité cantonale de surveillance (art. 43, al. 1, et 2 OEC) ou à l'autorité désignée par le droit cantonal (art. 43, al. 3, OEC), du siège de l'autorité judiciaire.

L'autorité cantonale de surveillance transmet la communication reçue à l'office de l'état civil compétent pour l'enregistrement. Si le droit cantonal n'en dispose pas autrement, l'enregistrement de la décision judiciaire relève de la compétence de l'office de l'état civil où elle a été prononcée (art. 22, al. 1, OEC).

### **2.1.2 Jugement du tribunal étranger**

La décision relative à la reconnaissance de l'annulation du lien de filiation prononcée à l'étranger est prise par l'autorité cantonale de surveillance du canton d'origine du père suisse inscrit dans le registre. Si celui-ci est étranger, l'autorité de surveillance compétente est celle du canton d'origine de la mère de l'enfant. Si la personne concernée possède plusieurs droits de cité cantonaux et communaux, la compétence revient au canton auquel le document étranger a été transmis à cette fin. Pour l'enregistrement, l'autorité de surveillance rend une décision de transcription à l'attention de l'office de l'état civil ou de l'office de l'état civil spécialisé compétent (art. 32 LDIP; art. 23 OEC).

## **2.2 Quant à la matière**

Les offices de l'état civil et offices de l'état civil spécialisés sont compétents à raison de la matière pour l'enregistrement des décisions annulant un lien de filiation conformément à l'art. 39, al. 2, ch. 2, CC et pour l'envoi des communications afférentes.

## **2.3 Quant à la personne**

Les collaborateurs de l'office de l'état civil doivent tenir compte des règles qui régissent la récusation lors de l'enregistrement de l'annulation du lien de filiation (voir l'art. 89, al. 3, OEC).

## **3 Examen formel**

En règle générale, les autorités de l'état civil reçoivent une communication concernant l'annulation du lien de filiation. Celle-ci doit indiquer les données des personnes concernées, le dispositif et la date d'entrée en force du jugement (art. 43, al. 5, OEC).

La communication doit être un document original dûment signée (en format papier ou sous forme d'acte authentique électronique muni de la signature adéquate) ou une copie certifiée conforme à l'original (art. 43, al. 6, OEC). Les communications qui ne sont pas effectuées conformément à la règle doivent être retournées, car elles ne répondent pas aux exigences juridiques applicables à une pièce justificative destinée à l'enregistrement.

S'il s'agit d'un jugement étranger, l'office de l'état civil qui procède à l'enregistrement doit être en possession de la décision de transcription émise par l'autorité de surveillance compétente conformément au ch. 3.1.2.

## 4 Effets de l'annulation de la filiation

### 4.1 Effets sur le statut de l'enfant en droit de la famille

L'annulation du lien de filiation annule la parenté, en général du père, ce qui a pour effet que l'enfant est juridiquement sans père.

L'art. 257, al. 2, CC, selon lequel le premier mari peut être réputé être le père, est réservé.

En outre, il y a lieu d'examiner si une reconnaissance par un autre homme enregistrée à l'étranger avant l'annulation du lien de filiation déploie des effets et doit par conséquent être enregistrée.

### 4.2 Effets sur le nom de l'enfant

Suite à l'annulation du lien de filiation, il convient de rétablir les données qui prévalaient avant l'établissement du lien de filiation et de supprimer ses effets sur le **nom** et le **droit de cité**.

Tous les effets de l'établissement du lien de filiation sont **annulés**. L'enfant porte donc le nom qu'il avait avant l'établissement du lien de filiation qui a été annulé. S'il portait ce nom depuis sa naissance, le droit en vigueur au moment de la naissance doit être appliqué pour déterminer son nouveau nom et son nouveau lieu d'origine.

Si le nouveau nom ne correspond pas à la volonté de l'enfant, celui-ci peut déposer une demande de changement de nom (art. 30 CC) auprès de l'autorité compétente. Il peut ainsi demander que soient examinés les motifs légitimes justifiant le maintien de son ancien nom.

### 4.3 Effets sur le droit de cité de l'enfant

Si l'enfant a acquis la nationalité suisse par le lien de filiation à annuler, il la perd à nouveau, à moins qu'il ne devienne apatride (art. 5 LN). Les personnes concernées doivent être informées de cette conséquence juridique et invitées, dans un délai déterminé, à prouver qu'elles ne sont pas apatrides. À défaut de coopération de la personne concernée ou de son représentant légal, l'office de l'état civil détermine l'existence d'une autre nationalité sur la base des données à disposition et du droit étranger correspondant dont il a connaissance (art. 16, al. 1, et art. 22 LDIP). Si l'acquisition d'une nationalité étrangère ou le statut d'apatridie est douteux, il convient d'informer l'office compétent pour déterminer l'existence de la nationalité suisse dans le canton d'origine. Celui-ci est tenu d'office de mener une procédure de constatation (art. 43 LN).

## 5 Préparation de l'enregistrement

### 5.1 Données disponibles

Si les données des personnes concernées (mère, enfant, père) sont disponibles dans le système, il y a lieu de vérifier qu'elles sont exactes, complètes et conformes à l'état actuel (art. 16, al. 1, let. c, OEC). Il n'est pas nécessaire de demander confirmation de l'exactitude des données disponibles (formule 8.1) si celles-ci correspondent aux données d'état civil figurant dans le jugement.

La procédure doit être interrompue s'il est constaté que les données disponibles ne sont pas exactes, complètes ou conformes à l'état actuel, jusqu'à ce que tous les événements survenus

jusqu'au jour avant que le jugement soit exécutoire aient été prouvés et enregistrés dans la mesure du possible.

## 5.2 Données non disponibles

Si une personne étrangère est également concernée et qu'elle n'est pas inscrite au registre de l'état civil, il y a lieu tout d'abord de procéder à l'enregistrement de ses données d'état civil (voir le processus n° 30.3 « Saisie des ressortissants étrangers » ; art. 15a, al. 2, OEC).

Si aucune des personnes concernées ne possède la nationalité suisse et personne n'est enregistré dans Infostar, on peut renoncer à l'enregistrement du jugement dans le registre de l'état civil.

L'inscription de la mention marginale dans le registre des naissances tenu sur papier est obligatoire, pour autant que la naissance ait à l'origine été enregistrée dans ce registre.

En tous les cas, l'office de l'état civil compétent doit transmettre le document à l'administration communale du domicile ou du lieu de séjour de la personne concernée, conformément à l'art. 49 OEC.

## 6 Enregistrement

L'annulation du lien de filiation doit être enregistrée dès que les données des personnes concernées sont disponibles dans le système. Il peut s'agir d'une annulation :

- de la présomption de paternité par jugement (art. 256, al. 1, CC),
- de la reconnaissance (art. 260a CC),
- d'office de la présomption de paternité (art. 109, al. 3, CC) suite à la déclaration d'annulation du mariage pour raison d'abus de droit,
- de la maternité ou
- du lien de filiation envers le père ou la mère selon le droit étranger.

Ces informations sont enregistrées dans le registre électronique Infostar et éventuellement dans les registres de l'état civil tenus sur papier (conformément à l'art. 98, al. 1, let. e, et 4, let. a, OEC).

L'éventuel changement de nom et des lieux d'origine de l'enfant doit être enregistré en même temps (voir le ch. 5).

L'enregistrement a lieu dans la transaction Filiation, si le parent est saisi en tant que personne. La date où le jugement est entré en force est saisie en tant que date de l'événement.

S'il est uniquement mentionné dans la filiation de l'enfant, la filiation est annulée par la suppression des données du parent sous le masque « Filiation » par la transaction « Lancer la mise à jour » avec motif de la saisie « Événement possible uniquement par la transaction Mise à jour ». Il sera porté dans le masque « Informations complémentaires » un commentaire en ce sens.

## 7 Communications officielles

La livraison des données

- à l'administration communale du domicile de l'enfant, de la mère et du père de l'enfant inscrit dans le registre (art. 49, al. 1, let. b, OEC) et
- aux organes de l'AVS (art. 53, al. 1, OEC)

a lieu automatiquement sous forme électronique (art. 49, al. 3, et 53, al. 2, OEC).

Une annonce de correction doit le cas échéant être émise, si la filiation a été annulée sous le masque « Filiation » de l'enfant par la transaction « Lancer la mise à jour ».

Les décisions prises en Suisse sont communiquées directement à l'APEA par le tribunal ; aucune communication supplémentaire n'est nécessaire. S'il s'agit d'une décision étrangère et que l'enfant est domicilié en Suisse, une communication doit être envoyée à l'APEA.

Le cas échéant, d'autres communications sont envoyées :

- à l'office de l'état civil de la commune d'origine de la personne concernée (art. 49a, al. 2, let. b, OEC),
- au Secrétariat d'Etat aux migrations si l'événement concerne une personne qui requiert l'asile, qui est admise provisoirement ou qui a été reconnue en tant que réfugiée (art. 51, al. 1, let. b, OEC),
- à l'autorité étrangère du lieu d'origine de l'enfant envers qui le lien de filiation est annulé, si cette communication est prévue par un accord international (art. 54, al. 1, OEC). Les accords bilatéraux suivants s'appliquent en matière d'échange de documents d'état civil :
  - Accord entre la Confédération suisse et la République d'Autriche sur la suppression de la légalisation et sur l'échange des actes de l'état civil, ainsi que sur la délivrance de certificats de capacité matrimoniale (RS 0.211.112.416.3 ; en particulier les art. 2, al. 2, et 8) ;
  - Accord entre la Confédération suisse et la République fédérale d'Allemagne sur la suppression de la légalisation et l'échange des actes de l'état civil, ainsi que sur la délivrance de certificats de capacité matrimoniale (RS 0.211.112.413.6 ; en particulier les art. 2, al. 2, et 7) ;
  - Accord entre la Confédération Suisse et la République Italienne sur la dispense de légalisation, l'échange des actes de l'état civil et la présentation des certificats requis pour contracter mariage (RS 0.211.112.445.4 ; en particulier l'art. 4).

Ces accords prévoient que la mention marginale concernant l'annulation de la filiation apportée au registre des naissances doit être envoyée au consulat local compétent de l'autre État signataire, directement (Accord I) ou mensuellement via l'Unité Infostar (UIS) (Accords D et A). La transmission s'effectue au moyen de l'Extrait de l'acte de naissance CIEC 34 (Modèle 1) proposé dans la transaction – sur papier sécurisé, muni du sceau et de la signature de l'officier de l'état civil. Est réservé la Convention n°16 CIEC.

- à l'office de l'état civil du lieu de naissance si la naissance de l'enfant a été enregistrée en Suisse dans un registre des naissances tenu sur papier. Infostar propose automatiquement la communication. L'office de l'état civil du lieu de naissance doit inscrire les modifications relatives au lien de filiation décidées par le tribunal, avec

mention des effets en matière du droit de cité et du droit du nom, en tant que mention marginale dans le registre des naissances (art. 98, al. 4, OEC).

Attention : Infostar ne propose pas de communication si l'enregistrement est effectué par l'office de l'état civil (et non l'office de l'état civil spécialisé) de l'arrondissement où la naissance a eu lieu et qu'elle a été enregistrée dans son propre registre des naissances tenu sur papier. Il faut s'assurer dans ce cas-là que la mention marginale sera apportée au registre des naissances même sans communication en ce sens.

Aucune communication n'est proposée si la naissance a eu lieu dans une commune qui a fusionné. La communication doit parvenir à l'arrondissement de l'état civil de la commune nouvellement constituée.

D'autres communications éventuelles nécessitent une base légale fédérale ou cantonale (art. 56, al. 1, OEC). Notamment, l'obligation de l'annoncer à l'autorité d'établissement des documents d'identité compétente afin qu'elle puisse retirer les éventuels documents d'identité conformément à l'art. 13, al. 1, let. d, de la loi sur les documents d'identité (LDI, RS 143.1).

## **8 Délivrance d'extraits du registre**

### **8.1 Certificat de famille**

Un certificat de famille (form. 7.4) peut être délivré sur demande. L'enfant concerné ne figure plus dans le nouveau certificat de famille.

### **8.2 Acte de naissance**

L'office de l'état civil du lieu de naissance suisse délivre un acte de naissance sur demande (formule 1.2.3). Ce document national prouve les données actuelles de l'enfant et de la filiation maternelle de l'enfant **au moment de l'établissement du lien de filiation**.

### **8.3 Extrait du registre des naissances (CIEC)**

L'office de l'état civil du lieu de naissance suisse délivre un extrait du registre des naissances CIEC (modèle 1) sur demande. Ce document international prouve les données actuelles de l'enfant au moment de l'établissement de l'acte. Les données de la mère sont celles qui étaient valables au moment de l'établissement du lien de filiation. Il est destiné notamment aux autorités étrangères.

### **8.4 Confirmation de naissance**

La confirmation de naissance (form. 1.2.2) délivrée par l'office de l'état civil du lieu de naissance suisse confirme toutes les données de l'enfant telles qu'elles se présentaient au moment de la naissance.

### **8.5 Preuve des parents**

Ce document (form. 7.5) confirme la filiation et répertorie toutes les personnes avec leurs données personnelles actuelles.

## **8.6 Communication de l'annulation d'un lien de filiation**

Une communication de la constatation ou de l'annulation d'un lien de filiation prononcée à l'étranger est envoyée à la représentation suisse à l'étranger à sa demande (form. 6.1.1). Les effets sur le nom et le droit de cité sont communiqués en même temps afin que le registre des Suisses de l'étranger (voir l'art. 13 LSEtr [RS 195.1] en relation avec l'art. 6 OSEtr [RS 195.11]) soit mis à jour et que les documents d'identité puissent être établis correctement.

Cette communication peut aussi être remise avec la décision de l'autorité de surveillance relative à l'enregistrement de l'annulation de la filiation prononcée à l'étranger (art. 32 LDIP).

## **9 Conservation des pièces justificatives**

Conformément aux art. 31ss OEC, les pièces justificatives sont conservées soit sur papier soit sous forme électronique.

Il s'agit notamment des documents suivants :

- décision judiciaire ;
- décision de transcription de l'autorité de surveillance en cas de jugement étranger ;
- éventuelle correspondance ayant force probante ;
- éventuelle documentation relative à la nationalité étrangère.